

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)  
[Pressemitteilung](#)

## Regierungspräsidium und THW verteilen rund 7,1 Millionen Jodtabletten

17.08.2020

Jodtabletten Verteilung

Rund 7,1 Millionen Jodtabletten hat das Regierungspräsidium Freiburg (RP) gemeinsam mit dem Technischen Hilfswerk (THW) am Wochenende (14./15. August) an die Stadt Freiburg und die Landkreise im Regierungsbezirk verteilt. Wo die Tabletten dort gelagert werden, entscheiden die Stadt und die Landkreise je nach den lokalen Erfordernissen in Abstimmung mit dem RP. Die Ausgabe von Jodtabletten ist ein wesentlicher Baustein der Sicherheits- und Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung. Um auch im unwahrscheinlichen Falle eines kerntechnischen Unfalls sofort reagieren zu können, wurden nun die Jodtablettenbestände des Landes Baden-Württemberg erneuert.

„Mit der Bereitstellung der Jodtabletten wird ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Bevölkerung geleistet. Die Verteilung der Tabletten war gleichzeitig eine gute Gelegenheit, logistische Abstimmungen zwischen Regierungspräsidium und THW zu verfeinern und die Zusammenarbeit weiter zu stärken. Ich bedanke mich bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des THW sowie den Stadt- und Landkreisen im Regierungsbezirk für die geleistete Arbeit“, sagte Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer.

Hintergrundinformationen:

Durch das Gesetz zum Schutz vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlung hat sich der Bund zur Neubeschaffung von Jodtabletten zur Erneuerung der vorhandenen Bestände verpflichtet. Diese stellt der Bund den Ländern für den Katastrophenschutz zur Verfügung. Für die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sind mehr als 34 Millionen Tabletten vorgesehen, die anhand der Bevölkerungszahlen an die Stadt- und Landkreise verteilt werden. Auch ein Mehrbedarf für Personen, die sich nur vorübergehend in den Kommunen aufhalten, wie Pendler oder Touristen, ist berücksichtigt.

Jodtabletten kommen im Fall eines kerntechnischen Unfalls mit einer Freisetzung radioaktiver Stoffe zum Einsatz. Die Einnahme von entsprechenden hochdosierten Jodtabletten sättigt die Schilddrüse mit nicht-radioaktivem Jod, es wird eine sogenannte Jodblockade erzeugt. Durch die Einnahme kann so im Ereignisfall eine Einlagerung von radioaktiven Jod in der Schilddrüse verhindert werden. Dabei ist die zeitlich korrekte Einnahme von entscheidender Bedeutung für den Wirkungsgrad. Eine verfrühte oder verspätete Einnahme vermindert die Schutzwirkung der Jodblockade. Aus diesem Grund wird im Ereignisfall der richtige Zeitpunkt zur Einnahme der Jodtabletten von der Katastrophenschutzbehörde bekannt gegeben. Durch die Sicherheitsmechanismen der heutigen Reaktoren verbleiben selbst bei einem schweren Unfall in einer kerntechnischen Anlage bis zu einer möglichen Freisetzung radioaktiver Stoffe mehrere Stunden. Dieser Zeitraum wird im Ernstfall genutzt, um die Bevölkerung in Abhängigkeit des Bedrohungsgrades mit Jodtabletten zu versorgen. Der Einnahmezeitpunkt wird durch Mitteilung in den verschiedenen Medien wie Fernsehen, Radio und Warn-Apps (z. B. NINA-WarnApp) bekannt gegeben. Weitere Informationen zur Einnahme etc. finden sich auf der Internetseite [www.jodblockade.de](http://www.jodblockade.de).

Welche Rolle hat das Regierungspräsidium?

Das Regierungspräsidium Freiburg (RP) hat als Höhere Katastrophenschutzbehörde die Aufgabe, die Bekämpfung von Katastrophen vorzubereiten und durchzuführen, bei der Beseitigung von Katastrophenschäden mitzuwirken und die dafür notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Das RP ist dabei insbesondere zuständig für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen und damit für die Notfallplanung auf deutscher Seite für die schweizerischen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt sowie auch noch während des Verbleibs der Brennelemente für das abgeschaltete Kernkraftwerk Fessenheim. Vorrangiges Ziel der Planungen ist es, unmittelbare Folgen der Auswirkungen eines kerntechnischen Unfalls auf die Bevölkerung zu verhindern oder zu begrenzen und eine mögliche gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung nach einem kerntechnischen Unfall zu minimieren.

Kategorie:

Verwaltung, Kommunales und Sicherheit

## Pressestelle

Kaiser-Joseph-Straße 167  
79083 Freiburg  
pressestelle@rpf.bwl.de



**Heike  
Spannagel**  
Pressesprecherin  
0761208  
1038  
heike.spannagel@rpf.bwl.de



**Matthias  
Henrich**  
Stellvertretender  
Pressesprecher  
0761208  
1039  
matthias.henrich@rpf.bwl.de



**Annika**

**Nafz**

Social

Media

0761208

1040

annika.n

afz@rpf.

bwl.de